



158/2008

Kiel, 8. Dezember 2008

Vorschau auf die Themen der Landtagssitzung: Doppelhaushalt wird beschlossen

Kiel (SHL) – Der Doppelhaushalt 2009/2010 geht in die Endrunde: In Zweiter Lesung wird das Zahlenwerk am Mittwoch im Landtag nach über dreistündiger Diskussion beschlossen. Die letzte Landtagssitzung in diesem Jahr endet am Freitag gegen 14:00 Uhr. Nähere Informationen zu allen Tagesordnungspunkten (TOP) mit Diskussion im Plenum enthält die folgende Vorschau in der Reihenfolge des geplanten Aufrufs der Themen. Den aktuellen Verlauf der Plenartagung begleitet plenum-online, die Internet-Zeitung des Landtages. Sie kann unter www.sh-landtag.de aufgerufen werden.

Mittwoch, 10. Dezember 2008, 10:00 bis 18:10 Uhr

TOP 4 Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010 (Drs. 16/2323), Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 190 Minuten

Nach der Einbringung des Doppelhaushalts 2009/2010 und der Ersten Lesung im September haben die Landesregierung, aber auch die Fraktionen Ergänzungen erarbeitet. Im Finanzausschuss haben die Koalitionspläne erwartungsgemäß die Mehrheit gefunden, während die Oppositionsentwürfe abgelehnt wurden. Sowohl Landesregierung als auch Koalitionsfraktionen haben nachträgliche Änderungen in den Etat-Entwurf eingefügt:

Die Landesregierung: In der so genannten Nachschiebeliste hat das schwarz-rote Kabinett neue Investitionen zur Konjunkturförderung sowie Zuschüsse an die Kommunen auf den Weg gebracht. Geplant sind zum Beispiel zusätzlich 21 Millionen Euro pro Jahr für Sanierung und Modernisierung von Schulen. Insgesamt 14 Millionen fließt in den Straßenbau, etwa in den Ausbau der A 7 und der A 20. Jeweils drei Millionen Euro sind pro Jahr zusätzlich veranschlagt, um die kulturellen Schätze des Landes zu bewahren, Arbeit im Handwerk zu schaffen und den Kulturtourismus zu fördern. Bei der Einführung des Polizei-Digitalfunks kommt es zu Mehrkosten von 18 Millionen. Da die HSH Nordbank in diesem Jahr voraussichtlich keinen Gewinn ausweisen wird, wurden die eingeplante Dividende für 2009 von 68,4 Millionen und die für 2010 von 76,6 Millionen Euro aus dem Etatentwurf gestrichen. Demgegenüber nimmt das Land aufgrund der aktuellen Steuerschätzung im Jahr 2009 ein-

schließlich Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen rund 73 Millionen Euro mehr ein als bisher erwartet. Aufgrund höherer Steuereinnahmen wurde der kommunale Finanzausgleich für 2009 um 11,7 Millionen Euro erhöht.

CDU und SPD: Die Koalitionsfraktionen haben sich darüber hinaus auf weitere Änderungen verständigt. Sie wollen 100 zusätzliche Lehrerstellen an Gymnasien sowie 50 an gebundenen Ganztagschulen schaffen. Das gebührenfreie dritte Kita-Jahr wird festgeschrieben, und der Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ soll mit weiteren 600.000 Euro ausgestattet werden. Das Land beteiligt sich an den Beförderungskosten der dänischen Schulen und verbessert die Finanzausstattung der Hochschulen.

Zudem einigte sich die Koalition darauf, Beamte zu entlasten. Künftig sollen alle Anwärter im öffentlichen Dienst ein Weihnachtsgeld von 330 Euro erhalten, und kinderreiche Staatsdiener sollen bessergestellt werden. Die Summe zur Unterstützung finanzschwacher Kommunen wird auf 36 Millionen Euro im nächsten Jahr und auf 50 Millionen im Jahr 2010 aufgestockt. Geplant sind zudem sechs zusätzliche Stellen für Staatsanwälte.

Zur Finanzierung der Änderungen muss die bislang für 2009 geplante Neuverschuldung in Höhe von knapp 600 Millionen Euro um weitere zehn Millionen Euro aufgestockt werden. Die für 2010 vorgesehene Nettokreditaufnahme von 591 Millionen Euro würde auf knapp 608 Millionen Euro erhöht. Dennoch will die Koalition die Verfassungsgrenze einhalten, wonach die Neuverschuldung die Summe der Investitionen nicht übersteigen darf. Der Haushalt hat ein Volumen von jeweils etwa neun Milliarden Euro pro Jahr.

Alle drei **Oppositionsfraktionen** haben eigene Antragspakete erstellt: **Die FDP:** Die Liberalen bringen 179 Vorschläge ein. Sie laufen darauf hinaus, im Vergleich zu den Plänen der Koalition die Neuverschuldung 2009 um 131 Millionen Euro zu senken und 2010 um 136 Millionen zu erhöhen. Mit der kompletten Auflösung der Rücklagen des Landes, die zum Jahresende 2007 insgesamt 416 Millionen Euro betragen, will die FDP neuen Spielraum gewinnen. Denn: Bei schuldenfinanzierten Haushalten sei es nicht nachvollziehbar, Rücklagen zu bilden. Erneut schlägt die FDP vor, die 42 Abteilungsleiter-Stellen in der obersten Landesverwaltung zu streichen. Dies ergäbe eine Ersparnis von sechs Millionen pro Jahr. Auch sollte die Katasterverwaltung ebenso aufgelöst werden wie die Abteilung Entbürokratisierung von Staatssekretär Klaus Schlie im Finanzministerium. Mit solchen Maßnahmen könnten nach Ansicht der Liberalen viele Millionen gespart werden. Sie fordern auch die Einführung nachgelagerter Studiengebühren. Außerdem soll der Zusammenschluss der Universitätskliniken in Kiel und Lübeck rückgängig gemacht werden. Den Standort Lübeck will die FDP zum Teil privatisieren und die dortige Universität zur Stiftungsuniversität machen. Darüber hinaus wollen die Liberalen ein 500 Millionen schweres Konjunkturprogramm für Straßenbau, Schulsanierung und energetische Sanierung öffentlicher Gebäude auflegen – hierüber debattiert das Parlament in einem eigenen Tagesordnungspunkt (LINK). Die Einschnitte des Landes in den kommunalen Finanzausgleich (jährlich 120 Millionen) und in das Weihnachts- und Urlaubsgeld der Landesbeamten (60 Millionen) sollen rückgängig gemacht werden. 100 Gymnasiallehrer, 200 Referendare sowie Schulsozialarbeiter sollen zusätzlich eingestellt werden.

Die Grünen: Die Grünen wollen die Grunderwerbssteuer in Schleswig-Holstein um einen Prozentpunkt erhöhen und mit den Mehreinnahmen die vorschulische Bildung in Kindertagesstätten ausbauen. Dies bringe rund 57 Millionen Euro pro Jahr. Weitere Investitionen in Bildung sind ein Betrag von 19 Millionen zur Einstellung von 75 neuen Lehrern und von 100 Referendaren sowie zur Lehrer-Fortbildung. Der Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ soll um 22 Millionen aufgestockt und auf die Schulen ausgeweitet werden. 14 Millionen sollen an die Hochschulen gehen. Ein Betrag von 57 Millionen soll in Klimaschutz-Projekte fließen, etwa als Investitionszuschuss für die Instandsetzung von Privathaushalten oder in die Sanierung von Kitas. Einsparungen planen die Grünen innerhalb der Verwaltung. Rund 200 Stellen sollen pro Jahr wegfallen. Das bringe Entlastungen von rund 40 Millionen Euro. Von den Kürzungen wollen die Grünen jedoch die Bereiche Bildung, Justiz und Polizei ausnehmen. Zudem wollen die Grünen weniger Geld in den Schleswig-Holstein-Fonds und in den Straßenbau stecken. Dies soll 60 Millionen Minderausgaben bringen.

Der SSW: Der SSW hat in den Ausschussberatungen Nachbesserungen im fünfstelligen Bereich bei den Minderheitenzuschüssen gefordert, etwa für das Danewerks-Museum bei Schleswig, die Dänische Zentralbibliothek in Flensburg oder das Nordfriisk Instituut in Bredstedt. Zudem soll die Universität Flensburg (mit 500.000 Euro) besser ausgestattet werden. Beim Städtebau fordert der SSW, eine geplante Kürzung um 1,4 Millionen Euro zurückzunehmen. Einsparungen erhofft sich der SSW bei den Kosten für Gutachten und Öffentlichkeitsarbeit der Ministerien. Die geplante Kapitalaufstockung der Stiftung Naturschutz soll zurückgenommen und die Kosten für den Ausbau der Bundesstraße 207 als Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung soll zurückgenommen werden. Der SSW hat bereits positiv auf die Ankündigung der Koalition reagiert, sich an den Fahrtkosten der Schüler des dänischen Schulvereins zu beteiligen und die Minderheiteneinrichtungen stärker zu fördern.

TOP 19 Neuordnung der Landesbankenstruktur (Drs. 16/2340), Antrag der FDP-Fraktion, geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Auf Antrag der FDP legt die Landesregierung ihre Position zur aktuell diskutierten Neustrukturierung der deutschen Landesbanken dar. Verschiedene Landesbanken sind wegen der internationalen Finanzmarktkrise in die Schieflage geraten, darunter die HSH Nordbank, an der Schleswig-Holstein beteiligt ist. Die Landesbank für Schleswig-Holstein und Hamburg hatte im Laufe des Jahres ihre Gewinnerwartung mehrmals nach unten korrigiert. Zum 30. September hatte die Bank einen Verlust von 360 Millionen Euro sowie Abschreibungen in Höhe von 1,3 Milliarden für das laufende Jahr angegeben. Zudem hatte Landesfinanzminister Rainer Wiegard (CDU) in der November-Sitzung des Landtages bekannt gegeben, dass es „neue Hinweise auf möglicherweise weiteren erheblichen Abschreibungsbedarf aus Kapitaltransaktionen aus dem Jahr 2008“ gebe. Durch diese Verluste fallen auch die Dividendenzahlungen an den Landeshaushalt in Höhe von rund 70 Millionen Euro pro Jahr bis auf weiteres weg.

TOP 13 Erste Lesung des Entwurfes eines Vorschaltgesetzes zur Neuregelung der Wahl der Landrätinnen und Landräte (Drs. 16/2358), Gesetzentwurf von CDU und SPD, geplanter Aufruf 16:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Regierungsfractionen von CDU und SPD wollen die 1995 eingeführte Direktwahl der Landräte abschaffen. Stattdessen sollen wieder die Kreistage die Verwaltungsspitzen wählen. Hiermit reagiert die Koalition auf die geringe Wahlbeteiligung bei vielen Urnengängen. Zudem soll das politische Ehrenamt in den Kreistagen gestärkt werden. Allerdings soll es bei der Direktwahl der Oberbürgermeister und der hauptamtlichen Bürgermeister in den vier kreisfreien Städten des Landes bleiben. Auch die Amtszeit von sechs bis acht Jahren soll unangetastet bleiben.

Da in den Kreisen Steinburg und Pinneberg bereits am 7. Juni 2009 Landratswahlen anstehen, will die Koalition bereits in der Dezember-Sitzung ein Vorschaltgesetz beschließen, mit dem die Wahlverfahren ausgesetzt werden. Die endgültige Regelung soll dann nach Aussagen der Koalitionsspitzen bis Mai nächsten Jahres folgen. Unterdessen sind in den beiden Kreisen Steinburg und Pinnberg die bereits laufenden Vorbereitungen für die Direktwahl der Landräte laut Medienberichten ausgesetzt worden.

Die Koalition plant zudem, die Kompetenzen der Landräte zu beschneiden und die Rolle der Kreistage zu stärken. So soll sich der Landrat künftig bei wesentlichen Entscheidungen mit einem so genannten Verwaltungsausschuss absprechen, der den bisherigen Hauptausschuss ersetzen soll.

TOP 41 Deutschland braucht kein FBI: BKA-Gesetz im Bundesrat ablehnen (Drs. 16/2355), Beschlussempfehlung der Innen- und Rechtsausschusses, geplanter Aufruf 16:30 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Massiv kritisiert hatten die Grünen den Entwurf des Bundesinnenministerium für ein neues BKA-Gesetz und forderten in ihrem Antrag die Landesregierung auf, es im Bundesrat abzulehnen. Sie bemängelten, das „Gesetz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt“ greife in grundgesetzlich verankerte Persönlichkeitsrechte sowie in die Länderhoheit für die polizeiliche Gefahrenabwehr ein. Der Innen- und Rechtsausschuss des Landtages empfiehlt nun mit den Stimmen von CDU und SPD, gegen die Stimmen von FDP und Grünen die Ablehnung des Antrages durch das Plenum.

TOP 42 Entschließung zum Jugendstrafrecht (Drs. 16/2356), Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses, geplanter Aufruf 17:05 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Mit der Koalitionsmehrheit hat der Innen- und Rechtsausschuss eine Entschließung zum Thema Jugendstrafrecht verabschiedet. Demnach bietet das geltende Recht „weitreichende Möglichkeiten“ um der Jugendkriminalität zu begegnen. Zudem verweisen CDU und SPD auf die Bedeutung von Familienhilfen, Schulsozialarbeit und der Integration von Migranten zur

Kriminalitätsvorbeugung. Bei Intensivtätern sei eine „frühzeitige, verbindliche Intervention“ nötig, heißt es weiter. Hierzu gehöre zum Beispiel die landesweite Anwendung des so genannten vorrangigen Jugendverfahrens, bei dem Täter kurz nach der Tat verurteilt werden können. Zudem soll das Personal im Strafvollzug und in der Bewährungshilfe aufgestockt werden. Hier verweisen die Koalitionsfraktionen auf entsprechende „Weichenstellungen“ im Doppelhaushalt 2009/2010.

Die Opposition stimmte im Ausschuss gegen das Papier. FDP, Grüne und SSW hatten das Thema im Januar in einem gemeinsamen Antrag angestoßen. Hauptunterschied: Die Oppositionsparteien halten das derzeitige rechtliche Instrumentarium für „ausreichend“ und sprechen sich explizit gegen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts aus, zum Beispiel gegen so genannte Erziehungscamps und gegen die Anhebung der Höchststrafengrenze für Jugendliche von zehn auf 15 Jahre.

TOP 18 EU-Kompromiss zum Umbau der Agrarsubventionen (Drs. 2333), Antrag des SSW, geplanter Aufruf 17:40 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Der SSW begrüßt den im November von den EU-Agrarministern erreichten Kompromiss zum so genannten Gesundheitscheck für die Gemeinsame Agrarpolitik. Er fordert die Landesregierung auf, die Kofinanzierung für die Mittel sicherzustellen, die nun nicht mehr an die Bauern gehen, sondern in den Naturschutz und die Infrastruktur im ländlichen Raum umgeschichtet werden. Diese Summe beträgt in Schleswig-Holstein nach Angaben der Landesregierung pro Jahr 16 Millionen Euro, bundesweit sind es 445 Millionen. Bauern-Vertreter haben diese Einbrüche bei ihren Einkünften kritisiert. Schleswig-Holsteins Bauern erhalten jährlich 350 Millionen Euro aus Brüssel.

Donnerstag, 11. Dezember 2008, 10:00 bis 17:35 Uhr

TOP 44 Förderpolitik in der Tourismuswirtschaft (Drs. 16/2246), Bericht der Landesregierung, geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Der Landtag berät einen Regierungsbericht über die Förderpolitik des Landes für die schleswig-holsteinische Tourismuswirtschaft, den CDU und SPD im Mai beantragt haben. Das Land konzentriert sich bei seiner Tourismus-Förderung nach Aussagen des Wirtschaftsministeriums auf die drei „ökonomisch attraktivsten Zielgruppen“: Familien mit kleinen Kindern, ältere Gäste (so genannte „Best-Ager“) und anspruchsvolle Genießer. Das Ministerium spricht sich dafür aus, „dass die touristische Infrastruktur künftig noch stärker auf die Zielgruppen ausgerichtet werden muss“. Zum Bereich der Infrastruktur zählen Promenaden, Radwege, Erlebnis- und Gesundheitsbäder oder Seebrücken.

Derzeit laufen verschiedene Förder-Programme für die Tourismuswirtschaft. So steht Geld aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft und aus dem Schleswig-Holstein-Fonds zur Verfügung. Das Gesamtvolumen beläuft sich in den laufenden Förderperioden auf 173 Millionen

Euro. Hiervon stammen 147 Millionen von der EU und knapp 24 Millionen aus Landesmitteln. Im abgelaufenen Sommer 2008 konnte Schleswig-Holstein seinen Marktanteil im Bundesländervergleich von 15,9 auf 16,4 Prozent steigern und liegt damit auf Rang drei. An der Spitze rangiert Bayern (21,7 Prozent) vor Mecklenburg-Vorpommern (19,5 Prozent). Das besagen die Zahlen des Europäischen Tourismus-Instituts in Trier.

TOP 21 Investitionspaket zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung (Drs. 16/2342), Antrag der FDP-Fraktion, geplanter Aufruf 11:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die FDP fordert von der Landesregierung angesichts der sich anbahnenden Wirtschaftskrise ein Investitionspaket zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Eine Reihe von öffentlichen Investitionen sollen nach Auffassung der Liberalen vorgezogen werden, „um einen konjunkturellen Impuls auszulösen“.

So soll die Landesregierung den Investitionsstau bei der Straßeninfrastruktur, der nach Meinung der FDP einer dreistelligen Millionensumme entspricht, auflösen und Kommunal- und Landesstraßen instand setzen. Zudem sollen die Schulsanierung und der Neubau von Schulen vorangetrieben und öffentliche Gebäude energetisch aufgerüstet werden. Und: Der ländliche Raum soll umfassend mit Breitband-Internetverbindungen ausgestattet werden. Hier hatten jüngst auch Vertreter der Industrie- und Handelskammer Defizite ausgemacht.

TOP 20 Bericht zum PISA-Ländervergleich (Drs. 16/2341), Antrag der FDP-Fraktion, geplanter Aufruf 11:35 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Auf Antrag der FDP berichtet die Landesregierung mündlich über die Ergebnisse des jüngst veröffentlichten PISA-Tests, in dem die Leistungen der 15-jährigen Schüler im Lande gemessen wurden. Die Abkürzung steht für „Programme for International Student Assessment“. Hierzu wurden bundesweit 57.000 Jugendliche getestet. Die Federführung lag beim Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften in Kiel.

Seit der letzten Untersuchung im Jahr 2003 hat Schleswig-Holstein zwar im Bereich Naturwissenschaften seinen Punktwert verbessert, ist aber dennoch in allen drei Untersuchungsschwerpunkten im Bundesländervergleich abgesackt: Im Bereich Naturwissenschaften belegte der Norden mit 510 Punkten Platz 10. Zuvor war es Platz 8 mit 497 Punkten. In Mathematik erreichte Schleswig-Holstein mit 497 Punkten den elften Platz, nachdem drei Jahre vorher mit dem gleichen Punktwert ein siebter Platz herausgesprungen war. Beim Thema Lesen und Textverständnis sind die Schüler im nördlichsten Bundesland seit 2003 um drei Punkte auf 485 zurückgefallen. Ergebnis: Ein Rückfall von Rang 5 auf 12.

TOP 26 Unwirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken (Drs. 16/2351), Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Grünen protestieren erneut gegen den Neubau von Kohlekraftwerken in Brunsbüttel. Ihr Argument: Die Kraftwerke an der Elbmündung seien unwirtschaftlich, weil der Öko-Strom, der auf den entstehenden Offshore-Windparks in der Nordsee produziert wird, bei der Einspeisung in die Netze grundsätzlich Vorrang habe. Dadurch könnten die Anlagen in Brunsbüttel die geplanten jährlichen Betriebsstunden nicht erreichen und würden weniger Gewinn abwerfen als von den Betreibern erhofft. Dies wiederum habe negative Auswirkungen auf die Gewerbesteuer-Einnahmen für das Land und die Gemeinde. Das Fazit der Grünen: „Neue Kohlekraftwerke sind die nächsten Pleite-Immobilien“.

TOP 5 Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein (LBO) (Drs. 16/2334), Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses, geplanter Aufruf 15:30 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Schleswig-Holsteins Baurecht wird renoviert. Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme der Grünen und bei Enthaltung der FDP, den von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen. Der Ausschuss hatte eine umfangreiche Anhörung vorgenommen, an der sich über 40 Verbände und Organisationen beteiligt haben, und daraufhin den Regierungsentwurf an einigen Stellen umgewandelt.

Rauchmelder: Die vorgesehene Verpflichtung des Eigentümers zum Einbau eines Rauchwarnmelders in Schlafräumen, Kinderzimmern und Fluren soll statt bis zum 31. Dezember 2009 bis zum 31. Dezember 2010 verlängert werden. Neu ist auch, dass die unmittelbaren Nutzer einer Wohnung, also die Mieter, die Betriebsbereitschaft der Warnmelder sicherstellen sollen - es sei denn, der Eigentümer übernimmt diese Verpflichtung selbst.

Wasserzähler: Die im Gesetzentwurf vorgesehene Vorgabe, dass jede Wohnung einen eigenen Wasserzähler haben muss, wird in der Ausschussempfehlung modifiziert. Nur Wohnungen, die überwiegend Wohnzwecken dienen, sind demnach mit einem Wasserzähler auszurüsten. Außerdem wird empfohlen, eine Frist bis zum 31. Dezember 2020 für die nachträgliche Ausrüstung einzuführen und Ausnahmen wegen besonderer Umstände, unverhältnismäßigem Aufwand oder unverhältnismäßigen Kosten zuzulassen.

Barrierefreiheit: Kommunen sollen bei der Errichtung von Gebäuden per Satzung örtliche Bauvorschriften erlassen können, um damit den barrierefreien Zugang von öffentlichen Verkehrswegen, Stellplätzen und Garagen zu den Wohnungen auch innerhalb des Grundstücks zu regeln.

Herzstück der neuen Landesbauordnung aus dem Innenministerium ist das so genannte „Genehmigungsfreistellungsverfahren“. Demnach brauchen Gebäude mit einer Höhe von bis zu sieben Metern keine Baugenehmigung mehr. Voraussetzung ist, dass ein Bebauungsplan vorliegt und die Planungen nicht gegen ihn verstoßen. In diesem Verfahren reicht der Bauherr die Bauvorlagen ein und teilt der Gemeinde mit, dass er bauen will. Widerspricht die Bauaufsichtsbehörde nicht innerhalb eines Monats, kann der Bauherr seine Planungen verwirklichen.

TOP 6 Zweite Lesung der Gesetzentwürfe zur Änderung des Landesministergesetzes, des Landesbeamtengesetzes und des Abgeordnetengesetzes sowie Änderung der Verhaltensregeln für die Abgeordneten (Drs. 16/2349), Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses, geplanter Aufruf 16:05 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Ein Gesetzespaket der Grünen, das eine Veröffentlichungspflicht für Nebeneinkünfte von Abgeordneten und Ministern vorsieht, steht vor der Ablehnung. CDU, SPD und FDP waren im Innen- und Rechtsausschuss dagegen.

Der Entwurf der Grünen sah vor, die seit 2005 geltenden Regelungen des Bundestages auf den Schleswig-Holsteinischen Landtag und die Landesminister zu übertragen. Demnach wären die Politiker verpflichtet, ihre Nebentätigkeiten aufzulisten und deren Größenordnung in eine von drei Stufen einzuordnen: 1.000 bis 3.500 Euro, 3.500 bis 7.000 Euro und über 7.000 Euro pro Monat. Bisher sind in Kiel die Angaben zu Zuverdiensten - ohne finanzielle Einordnung - freiwillig.

Während die Grünen sich von einer solchen Regelung mehr Transparenz versprechen, befürchten die Gegner des Vorschlags, die Offenlegungspflicht könnte Selbständige und Freiberufler davon abhalten, ein Mandat anzunehmen.

TOP 23 Mehr Verbraucherschutz beim Versandhandel verschreibungspflichtiger Arzneimittel (Drs. 16/2344), Antrag von CDU und SPD, geplanter Aufruf 16:35 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

CDU und SPD fordern strenge Auflagen für Versand-Apotheken. So soll der Verkauf verschreibungspflichtiger Medikamente durch Versand-Apotheken den gleichen Standards unterliegen wie bei der klassischen Apotheke „um die Ecke“. Dazu gehört nach Auffassung der Koalition etwa eine qualifizierte pharmazeutische Beratung. Zudem soll die Sammlung und Weiterleitung von Rezepten untersagt werden. Stellen, die Rezepte entgegennehmen, online bestellen und dem Kunden aushändigen, gibt es bereits in Drogeriemärkten in einigen Bundesländern.

Die Koalitionsfraktionen beziehen sich in ihrem Antrag auf eine bayrische Bundesratsinitiative aus dem Juni. Darin wird bemängelt, der Medikamenten-Versand könne die Gesundheit gefährden, weil Medikamente unsachgemäß gelagert sein könnten. Zudem verdränge er die alteingesessenen Apotheken, die traditionell nicht nur Medizin ausgeben, sondern auch für Nottfälle ausgerüstet sind und individuelle Rezepte, etwa Salben, zubereiten.

TOP 24 Pflegestützpunkte (Drs. 16/2346), Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, geplanter Aufruf 17:05 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Grünen fordern von der Landesregierung einen mündlichen Bericht über den Aufbau von Pflegestützpunkten im Lande. Diese Stützpunkte sind ein Kernpunkt der Pflegereform vom

April dieses Jahres. Demnach sollen Beratungsstellen für Bedürftige und Angehörige von den Pflegekassen flächendeckend in den Bundesländern eingerichtet werden, die dies wollen. Das ist in Schleswig-Holstein der Fall. Die Grünen fordern, dass diese Stellen in das bereits bestehende Betreuungssystem eingegliedert sein müssen und dass sie unabhängig von den Pflege-Anbietern und den Krankenkassen agieren sollen.

Das Sozialministerium hat den Sozialausschuss bereits über den Aufbau der Stützpunkte informiert (Umdruck 16/3742). Demnach sollen die Pflegestützpunkte auf den trägerunabhängigen Beratungsstellen aufbauen, die es bereits in acht Kreisen und kreisfreien Städten gibt. Sie sollen zum 1. Januar 2009 ihre Arbeit aufnehmen. Nach Informationen des Ministeriums planen zwei weitere Kreise den Aufbau eines Stützpunkts zum Beginn des nächsten Jahres. Über den Aufbau der Stellen laufen derzeit Verhandlungen zwischen Pflegekassen, Kommunalverbänden und Ministerium.

Die Koalition hat im Doppelhaushalt 2009/2010 eine Unterstützung von einer Million Euro zur Errichtung der Stützpunkte festgeschrieben. Hinzu kommen jeweils bis zu 50.000 Euro für den Neu-Aufbau von Stützpunkten in den Kreisen, in denen es bislang keine Beratungsstellen gibt. Das Ministerium weist allerdings darauf hin, dass die Kosten für den laufenden Betrieb und für das Personal von den Pflegekassen und den Kreisen getragen werden müssen.

Freitag, 12. Dezember 2008, 10:00 bis 14:05 Uhr

TOP 45 Zielvereinbarungen für die Jahre 2009 bis 2013 zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den Hochschulen (Drs. 16/2322), Bericht der Landesregierung, geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Die Landesregierung präsentiert ihren Bericht zu den Zielvereinbarungen, die das Land mit den Hochschulen im Lande für die Jahre 2009 bis 2013 abgeschlossen hat.

Demnach sind im neuen Doppelhaushalt im kommenden Jahr insgesamt 244,1 Millionen Euro für die neun Universitäten und Fachhochschulen im Lande vorgesehen. 2010 sind es 238,4 Millionen. In den Jahren 2011 bis 2013 ist ein Landeszuschuss von jeweils etwa 247 Millionen geplant. Größter Empfänger ist die Kieler Christian Albrechts Universität (CAU) mit 141,4 Millionen im Jahr 2009. Es folgen die Uni Lübeck (23,5 Millionen), die Fachhochschule Kiel (19,2 Millionen), die Uni Flensburg (16,7 Millionen) und die Fachhochschule Lübeck (15,9 Millionen). Etwaige Kostensteigerungen im Personalbereich durch neue Tarifabschlüsse sollen zusätzlich aus dem Landeshaushalt finanziert werden.

Mit den Zuschüssen sind Vorgaben an die Profilbildung der Hochschulen verbunden. So soll die CAU neben den Schwerpunkten Meereswissenschaften und Geowissenschaften die Bereiche Nanowissenschaften und Oberflächenforschung sowie das geistes- und Gesellschaftswissenschaftliche Themenfeld „Kulturelle Räume“ in den Blickpunkt rücken. Die Uni Lübeck, deren Schwerpunkt in der Biomedizintechnik liegt, soll sich besonders um die Themen „Gehirn, Hormone und Verhalten“, „Infektion und Entzündung“ sowie „Technik und In-

formatik in der Biomedizin“ kümmern. Die Uni Flensburg ist die „Lehrerschmiede“ des Landes. Hier stehen Erziehungs- und Vermittlungswissenschaften im Zentrum. Kernaufgabe ist es laut der Zielvereinbarung zwischen Land und Uni, „diese Studiengänge insbesondere durch eine verbesserte Personalstruktur zu konsolidieren“.

TOP 15 Wahl des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung (Drs. 16/2362), Wahlvorschlag von CDU und SPD, geplanter Aufruf 11:00 Uhr, geplante Redezeit 5 Minuten

Für die Dauer von sechs Jahren wird auf der Grundlage des im November einstimmig vom Landtag beschlossenen Landesbehindertengleichstellungsgesetzes (LBGG) der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen gewählt. CDU und SPD sehen dafür in ihrem Wahlvorschlag den bisherigen Landesbeauftragten Dr. Ulrich Hase vor. Landtagspräsident Martin Kayenburg wird dazu für den Landtag sprechen.

TOP 25 Klimaschutzziele nicht verwässern (Drs. 16/2347), Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, geplanter Aufruf 11:05 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Grünen wenden sich gegen den von einigen führenden Unionspolitikern geäußerten Plan, die in diesem Jahr von Bund und EU beschlossenen Klimaschutzziele wegen der drohenden Konjunkturlaute zu verschieben. Unter anderem hatten die Ministerpräsidenten Christian Wulff (Niedersachsen, CDU), Peter Müller (Saarland, CDU), Jürgen Rüttgers (Nordrhein-Westfalen, CDU) und Horst Seehofer (Bayern, CSU) gefordert, die geplante Reduzierung des CO₂-Ausstoßes so zu modifizieren, dass keine Arbeitsplätze gefährdet würden, etwa in der Autoindustrie. Die Grünen berufen sich in ihrem Antrag auf Stimmen aus Forschung und Wirtschaft, die ein Aufweichen der Klima-Ziele ablehnen – etwa auf den Flensburger Professor Olav Hohmeyer, Mitglied des UN-Klimaausschusses. Auch die Vorstandsvorsitzenden von Siemens, Peter Löscher, und von EnBW, Hans-Peter Villis, haben sich öffentlich für die Klima-Ziele ausgesprochen und das „enorme wirtschaftliche Potential“ umweltschonender Technologien betont.

TOP 28 Grünlandverluste stoppen (Drs. 16/2363), Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, geplanter Aufruf 11:35 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Grünen fordern von der Landesregierung Maßnahmen gegen den fortschreitenden Grünlandumbruch im Lande: Die Grünlandquote soll ihrer Auffassung nach auf den Stand von 2003 zurückversetzt werden. Die Oppositionsfraktion verweist auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Cornelia Behm aus Potsdam. Demnach ist in den letzten fünf Jahren 7,5 Prozent des Grünlands in Schleswig-Holstein und Hamburg verloren gegangen. Bundesweit waren es nur 3,4 Prozent. Entsprechend sank die Grünlandfläche im Norden von 362.600 Hektar auf 334.600 Hektar. Der Grünlandanteil an der Gesamtfläche beträgt in den beiden Nordländern zusammen 32,3

Prozent. Insgesamt sind 28,4 Prozents der Fläche in Deutschland Grünland (4,8 Millionen Hektar).

TOP 29 Kindergeldzuschlag und Wohngeld statt Hartz IV (Drs. 16/2364, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, geplanter Aufruf 12:05, geplante Redezeit 30 Minuten)

Die Grünen fordern von den Sozialbehörden einen kulantem und transparenten Umgang bei der Gewährung des Kindergeldzuschlags und des Wohngeldes für Familien, die bislang von Hartz IV lebten. Hintergrund ist die Einführung des Kinderzuschlags am 1. Oktober und die für den 1. Januar 2009 beschlossene Wohngelderhöhung. Dadurch soll ärmeren Familien geholfen werden, die wegen steigender Lebenshaltungskosten, Mieten und Heizkosten zunehmend auf Hartz IV angewiesen sind. Bei der Neuberechnung der Zuschüsse, so die Grünen, müssten die zuständigen Arbeitsgemeinschaften von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit, die ARGEN, die Betroffenen umfassend informieren. Zudem sollten sie bei der Bemessung einen Ermessensspielraum nutzen können. Und: Die Familien dürften durch die Umstellung nicht schlechter gestellt werden – auch Ausgabe für Kitas, Bus oder Sportverein müssten abgedeckt werden, und Zusatzleistungen wie das neue „Schulstarterpaket“ müssten den Familien gewährt werden, so die Grünen.

TOP 32 Volksinitiative für die Erhaltung der Realschulen (Drs. 16/2329), Beschlussempfehlung Bildungsausschuss, geplanter Aufruf 12:35 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten)

Die Volksinitiative für die Erhaltung der Realschulen steht im Landtag vor der Ablehnung. CDU, SPD und Grüne stimmten im Bildungsausschuss gegen den Vorstoß, lediglich die FDP votierte dafür. Zuvor hatte der Petitionsausschuss die Vertrauenspersonen der Initiative angehört. Die Initiative will die Regelung aus dem neuen Schulgesetz rückgängig machen, wonach alle Realschulen bis 2010 durch Regional- oder Gemeinschaftsschulen ersetzt werden. Die Realschule sei eine „leistungsfähige und gesellschaftlich weitgehend akzeptierte Schulform“, betonen die Initiatoren. Demgegenüber bekräftigt die Ausschussmehrheit ihre Argumente für eine Neustrukturierung des Schulsystems: Sie bringe „mehr individuelle Förderung durch längeres gemeinsames Lernen und durch höhere Durchlässigkeit zwischen den Schularten“. Dies sei die richtige Konsequenz aus der PISA-Studie. Die Initiative wird wesentlich vom Landesverband der Deutschen Realschullehrer (VDR) getragen. Der hatte im Frühjahr mehr als 25.000 Unterschriften für sein Anliegen gesammelt und damit das nötige Quorum von 20.000 erfüllt. Lehnt das Parlament die Volksinitiative ab, können die Initiatoren ein Volksbegehren starten. Hierzu müssen sie innerhalb eines halben Jahres fünf Prozent der Abstimmungsberechtigten per Unterschrift hinter sich bringen. In Schleswig-Holstein sind das etwa 110 000. Die Listen liegen dann in Ämtern aus; zudem können die Initiatoren auch auf der Straße Unterschriften sammeln. Ist das Volksbegehren erfolgreich, muss innerhalb von neun Monaten ein Volksentscheid stattfinden. Das Gesetz gilt als angenommen,

wenn die Mehrheit der Wähler zustimmt und wenn mindestens 25 Prozent aller Wahlberechtigten dafür sind.

TOP 48 Gespräch mit Vattenfall über abgeschaltete AKWs Krümmel und Brunsbüttel (Drs. 16/2284 (neu), geplanter Aufruf 13:05 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten.

Die Landesregierung berichtet auf Antrag der Grünen mündlich über die Gespräche zwischen Wirtschaftsminister Werner Marnette (CDU), Finanzminister Rainer Wiegard (CDU) und dem Betreiber der seit über einem Jahr stillstehenden Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel, dem Vattenfall-Konzern. In Krümmel verursachte am 28. Juni 2007 ein Transformatoren-Brand die Abschaltung. In Brunsbüttel trat am selben Tag ein Kurzschluss auf. Nach einem zwischenzeitlichen Wiederanfahren steht auch dieser Meiler seit dem 20. Juli 2007 still.

TOP 46 Norddeutsche Nordsee-Hafenkooperation (Drs. 16/2322), Bericht der Landesregierung, geplanter Aufruf 13:35 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Landesregierung präsentiert ihren Bericht über die Zusammenarbeit der deutschen Nordsee-Häfen. Das Wirtschaftsministerium weist darauf hin, dass sich die Hafenbetriebe an der Nordseeküste „untereinander in einem marktwirtschaftlich ausgerichteten Wettbewerb“ befinden. Zudem sind die wichtigen Hafenbetriebe im Lande vor allem Brunsbüttel, in privater Hand, und das Land hat keinen Einfluss auf die unternehmerische Entscheidungen. Auf politischer Ebene gibt es aber eine Zusammenarbeit der norddeutschen Küstenländer zur Verbesserung der Hinterlandanbindung der Häfen. Diese Impulse sollen in den Bundesverkehrswegeplan und in das Nationale Hafenkonzept einfließen, das zurzeit in Berlin erarbeitet wird. Zudem erhofft sich das Ministerium Vorteile für das Land durch die Zusammenarbeit mit Hamburg am gemeinsamen „Hafenkonzept Tideelbe“. Es sei zu beobachten, „dass die Option, Massengüter zukünftig verstärkt in Brunsbüttel umzuschlagen, von Hamburg derzeit weniger skeptisch beurteilt wird als in der Vergangenheit“.

Hinweis:

Aktuelle Informationen zu den Themen der Landtagssitzung finden Sie im Internet unter www.sh-landtag.de unter *plenum-online*. Die Dezember-Ausgabe wird voraussichtlich am Nachmittag des 09. Dezember 2008 ab ca. 16:00 Uhr ins Netz gestellt. An den Sitzungstagen bietet *plenum-online* rund eine Stunde nach jeder Debatte eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen und Ergebnisse. Auch über Veränderungen der Tagesordnung sowie zeitliche Verschiebungen werden sie über den aktualisierten Zeitplan auf dem Laufenden gehalten.

Der Sender *Kiel TV* (Offener Kanal Kiel) überträgt die Plenartagung am Mittwoch, 10. Dezember 2008, live im Fernsehen.

Reihenfolge der Beratung der 38. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**. Änderungen im Ablauf sind möglich, da der Redaktionsschluss für eine Aktuelle Stunde noch aussteht.

| TOP | | angemeldete Redezeit | Voraussichtl. Beginn der Beratung |
|--------------------------------------|---|----------------------|-----------------------------------|
| Mittwoch, 10. Dezember 2008 | | | |
| 4 | Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010 | 190 | 10:00 |
| 19 | Neuordnung der Landesbankenstruktur | 60 | 15:00 |
| 13 | Erste Lesung des Entwurfes eines Vorschaltgesetzes zur Neuregelung der Wahl der Landrätinnen und Landräte | 30 | 16:00 |
| 41 | Deutschland braucht kein FBI: BKA-Gesetz im Bundesrat ablehnen! | 35 | 16:30 |
| 42 | Entschließung zum Jugendstrafrecht | 35 | 17:05 |
| 18 | EU-Kompromiss zum Umbau der Agrarsubventionen | 30 | 17:40 |
| Donnerstag, 11. Dezember 2008 | | | |
| 44 | Förderpolitik in der Tourismuswirtschaft | 60 | 10:00 |
| 21 | Investitionspaket zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung | 35 | 11:00 |
| 20 | Bericht zum PISA-Ländervergleich | 60 | 11:35 |
| 26 | Unwirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken | 30 | 15:00 |
| 5 | Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein (LBO) | 35 | 15:30 |
| 6 | Zweite Lesung der Gesetzentwürfe zur Änderung des Landesministergesetzes, des Landesbeamtengesetzes und des Abgeordnetengesetzes sowie Änderung der Verhaltensregeln für die Abgeordneten | 30 | 16:05 |
| 23 | Mehr Verbraucherschutz beim Versandhandel verschreibungspflichtiger Arzneimittel | 30 | 16:35 |
| 24 | Pflegestützpunkte | 30 | 17:05 |
| Freitag, 12. Dezember 2008 | | | |
| 45 | Zielvereinbarungen für die Jahre 2009 bis 2013 zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den Hochschulen | 60 | 10:00 |

| TOP | | angemeldete Redezeit | Voraussichtl. Beginn der Beratung |
|-----|---|----------------------|-----------------------------------|
| 15 | Wahl des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung | 5 | 11:00 |
| 25 | Klimaschutzziele nicht verwässern | 30 | 11:05 |
| 28 | Grünlandverluste stoppen | 30 | 11:35 |
| 29 | Kindergeldzuschlag und Wohngeld anstatt Hartz IV | 30 | 12:05 |
| 32 | Volksinitiative für die Erhaltung der Realschulen | 30 | 12:35 |
| 48 | Gespräch mit Vattenfall über abgeschaltete AKWs Krümmel und Brunsbüttel | 30 | 13:05 |
| 46 | Norddeutsche Nordsee-Hafenkooperation | 30 | 13:35 |

Zu folgendem Tagesordnungspunkt ist eine Aussprache nicht vorgesehen:

| TOP | | |
|-----|--|---|
| 13 | Zweite Lesung des Entwurfes eines Vorschaltgesetzes zur Neuregelung der Wahl der Landrätinnen und Landräte | 5 |

Zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen (Sammeldrucksache 16/2367):

| TOP | |
|-----|--|
| 2 | Gesetz zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und ähnlichen Umwelteinwirkungen |
| 3 | Gesetz zur Überleitung des Bundesbesoldungsgesetzes, Beamtenversorgungsgesetzes und ergänzender Vorschriften sowie Änderung dienstrechtlicher Vorschriften |
| 7 | Änderung des Landesverwaltungsgesetzes und des Kirchnaustrittsgesetzes |
| 8 | Änderung des Landesschlichtungsgesetzes |
| 9 | Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer |
| 10 | Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung der Kriegsopferfürsorge |
| 11 | Änderung des Gesetzes zum Schutze der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ |
| 12 | Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens |
| 14 | Neubesetzung für den Stiftungsrat der Kulturstiftung Schleswig-Holstein |
| 17 | Zukunft der medizintechnischen Ausstattung der Partikeltherapie am Nordeuropäischen Radioonkologischen Centrum Kiel (NRoCK) |
| 27 | Kooperation mit Kaliningrad |

| | |
|----|---|
| 30 | Lehrerausbildung an der Universität Flensburg |
| 31 | Minderheitenpolitische Aspekte des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schulwesens in Schleswig-Holstein |
| 33 | Anträge zur Umsetzung der Initiative "Kein Kind ohne Mahlzeit" und zur Beitragsfreien Kindertagesstätte |
| 34 | Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2006 sowie Bemerkungen 2008 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein |
| 35 | Wettbewerb bei Schienenverkehrsleistungen erhalten |
| 36 | Konzept zur Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung |
| 37 | Ausbau der Bundesstraße B 5 nicht verschieben |
| 38 | Kampfmittelablagerung in der Ostsee |
| 40 | Öffnungsklausel im Grundgesetz für Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern in der Minderheitenpolitik |
| 43 | Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2006 |
| 47 | Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2007 |

Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:

| | |
|----|--|
| 16 | Aufgaben der Ämter und Zweckverbände in Schleswig-Holstein |
| 22 | Neuorganisation der ARGEn |
| 39 | Frauenpolitik in Schleswig-Holstein |